ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bartsch, Jürgen

Article — Digitized Version

Die kommunistische Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bartsch, Jürgen (1971) : Die kommunistische Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 2, pp. 86-90

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134226

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Entwicklungspolitik

Die kommunistische Entwicklungshilfe

Jürgen Bartsch, Paris

Die kommunistischen Staaten haben im Gegensatz zu den westlichen Industriestaaten bisher dem Druck der Entwicklungsländer widerstanden, sich auf einen bestimmten Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt festzulegen. Sie halten sich nicht für verpflichtet, den UNCTAD-Richtsatz von 1 % des Bruttosozialproduktes zu erreichen.

Hilfe durch Handel

Ihre Ablehnung begründen sie damit, daß sie an der Unterentwicklung der Dritten Welt nicht schuld seien und daß es wichtiger sei, mit Entwicklungsländern Handel zu treiben, als ihnen Entwicklungshilfe zu gewähren. Allerdings beliefen sich die Einfuhren der UdSSR aus Entwicklungsländern 1967 auf lediglich 0,25 % ihres Bruttosozialproduktes, während diese Importe im Falle der USA 1,06 und im Falle der Bundesrepublik 2,83 % betrugen. Ein wesentlich triftigerer Grund für die Ablehnung des Ein-Prozent-Satzes wäre hingegen die Tatsache, daß einige kommunistische Geberländer, wie z. B. Bulgarien, Rumänien und vor allem China, ihrem Pro-Kopf-Einkommen nach selbst noch zur Gruppe der Entwicklungsländer gehören.

Außerdem müssen – will man das Ausmaß der kommunistischen Entwicklungshilfe richtig beurteilen – die finanziellen und technischen Hilfeleistungen der kommunistischen Staaten an ihre „eigenen" Entwicklungsländer (Kuba, die Mongolei, Nordkorea und Nordvietnam) berücksichtigt werden. Diese Hilfeleistungen, obwohl umfangreicher als jene an die nichtkommunistischen Entwicklungsländer und bis auf das Jahr 1947 zurückgehend, haben bis jetzt kaum Beachtung gefunden, aber selbst bei Berücksichtigung der blockinternen Hilfeleistungen bleibt die Entwicklungshilfe der kommunistischen Staaten sehr bescheiden.

Geringe Zusagen

Die zugesagte Wirtschaftshilfe der kommunistischen Länder an nicht-kommunistische Entwicklungsländer schwankte im letzten Jahrzehnt beträchtlich. Nach einem Höchststand von 1,1 bis 1,5 Mrd. $ in den Jahren 1964 bis 1966 ging sie 1967 auf 400 Mill. $ zurück, stieg dann 1968 und 1969 aber wieder auf 600 bzw. 900 Mill. $ an. Der seit Anlaufen der Entwicklungshilfeprogramme im Jahre 1954 zugesagte Gesamtbetrag aller kommunistischen Länder an die Entwicklungsländer belief sich bis Ende 1969 auf 10,5 Mrd. $.Von ihnen entfielen 6,8 Mrd. oder fast zwei Drittel auf die UdSSR. Die osteuropäischen Länder stellten 2,7 Mrd. oder etwas über ein Viertel und China rund 1 Mrd., das sind knappe 10 % zur Verfügung. Allerdings hat China 1970 über 400 Mill. $ für den Bau der Tan-Sam Eisenbahn zwischen Tansania und Sambia zugesagt, was beinahe der Hälfte seiner gesamten bisherigen Wirtschaftshilfezusagen entspricht. Der Anteil der DDR betrug mit 650 Mill. $ 6 % der Gesamtzusagen der kommunistischen Länder.

Während die von den Vereinten Nationen veröffentlichten Daten über die Wirtschaftshilfezusagen der kommunistischen Länder mehr oder minder mit den vom State Department zusammengestellten übereinstimmen, sind die in östlichen Publikationen von Zeit zu Zeit erwähnten Zahlen erstaunlicherweise niedriger. So gibt z. B. das Moskauer Institut für die Wirtschaft des sozialisti-

Jürgen Bartsch, 35, Dr. rer. oec., Dipl.-Dolmetscher, studierte an den Universitäten Graz, Moskau, der London School of Economics und dem Institut d'Etudes Politiques in Paris. Er war Lehrbeauftragter für Sowjetwirtschaft an der Universität Graz und ist seit 1965 Administrator im Entwicklungshilfedirektorat einer internationalen Organisation.

schen Weltsystems die Zusagen der COMECON-Länder (d. h. ohne China) bis 1967 lediglich mit über 6,6 Mrd. $ an.

Über die effektiven Auszahlungen gibt es keine vollständigen Veröffentlichungen. Aufgrund von verschiedenen Unterlagen kann jedoch mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß von den 10,5 Mrd. $ Zusagen bis Ende 1969 lediglich 4,35 Mrd. oder 42 % ausgezahlt wurden. Davon entfallen auf die UdSSR 3060 Mill. $, auf China 460 Mill. und auf Osteuropa 830 Mill. Von den osteuropäischen Ländern waren vor allem die ČSSR (320 Mill. $), Polen (190 Mill.) und die DDR (140 Mill.) an den Auszahlungen beteiligt.

Obwohl bei allen Entwicklungshilfeprogrammen eine gewisse Zeit zwischen Zusagen und Auszahlungen verstreicht, ist diese Zeitspanne bei der kommunistischen Entwicklungshilfe ungewöhnlich lang. Diese schleppende Abwicklung ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß die Leistungen einerseits sehr stark projektorientiert sind und die Projekte hauptsächlich die Schwerindustrie und Infrastruktur betreffen und daß sie andererseits vollständig an Lieferungen und Experten aus kommunistischen Ländern gebunden sind. Darüber hinaus zielt die kommunistische Hilfe darauf ab, den verstaatlichten Sektor in der Wirtschaft

Tabelle 1

Zugesagte Wirtschaftshilfe an nicht-kommunistische Entwicklungsländer *)

(In Mill. $)

Jahr	Geberländer			Insgesamt
	UdSSR	Osteuropa	China	
1954–63	3 346	1 023	414	4 783
1964	698	240	290	1 228
1965	432	534	109	1 075
1966	1 244	213	31	1 488
1967	269	89	49	407
1968	374	161	59	591
1969	462	432	–	894
1954–69	6 825	2 695	949	10 466

*) Quelle: State Department, Washington.

der Empfängerländer auszubauen. Der Mangel an ausgebildetem Personal in den Empfängerländern macht sich deshalb besonders stark bemerkbar.

Obwohl es keine genauen und vollständigen Angaben über die Rückzahlungen gibt, ist es doch möglich, deren ungefähre Höhe mit einiger Sicherheit zu berechnen, da einerseits die finanziellen Bedingungen, zu denen die Kredite gegeben wurden, und andererseits eine Reihe von Fakten bekannt sind. So bringt u. a. ein Bericht der Vereinten Nationen [1]) Angaben über Rückzahlungen in den Jahren 1961–65, die von elf Entwicklungsländern gemacht wurden, auf die ca. 70 % der gesamten kommunistischen Wirtschaftshilfezusagen entfielen. Auch ist bekannt, daß Indonesien mit seinen Rückzahlungen in Verzug geraten war, sie aber ab Ende 1970 wieder aufnahm, nachdem die UdSSR Indonesien eine Frist von 30 Jahren für die Rückzahlung der Kredite im Sommer 1970 gewährte.

[1]) The External Financing of Economic Development 1963–1967, New York, 1969.

Tabelle 2

Brutto- und Nettoauszahlungen der kommunistischen Länder an nicht-kommunistische Entwicklungsländer

(In Mill. $)

	Brutto-auszahlungen	Rück-zahlungen	Netto-auszahlungen
1955–60	435	20	415
1961–65	2 075	310	1 765
1966	485	150	335
1967	400	190	210
1968	500	230	270
1969	460	270	190
1955–69	4 355	1 170	3 185

Angesichts der stetig anwachsenden Rückzahlungen weisen die Nettoleistungen seit der Mitte der sechziger Jahre einen rückläufigen Trend auf und lagen 1969 zum ersten Mal seit 1960 wieder unter 200 Mill. $. Sofern die Bruttoauszahlungen in den nächsten Jahren keine wesentliche Steigerung erfahren, werden sie bald kaum mehr die Rückzahlungen übersteigen.

Hohe blockinterne Hilfe

Wie eingangs erwähnt, müssen bei einer Beurteilung des Volumens der Entwicklungshilfe der kommunistischen Länder die Leistungen an die kommunistischen Entwicklungsländer berücksichtigt werden. Es wird geschätzt, daß sich die Gesamtleistungen an Kuba, die Mongolei, Nordkorea und Nordvietnam sowie früher auch an China in den Jahren 1947–69 auf ca. 10–11 Mrd. $ beliefen. Davon erhielten Kuba 3,7 Mrd. $, die Mongolei, Nordkorea und Nordvietnam zusammen 4,8–5,1 Mrd. $ und China zwischen 1,5–2 Mrd. $.

Von der gesamten blockinternen Entwicklungshilfe wurden von der UdSSR zwischen 7,4 und 7,9 Mrd. $ aufgebracht, von China 1,4–1,7 Mrd. und von den osteurpäischen Ländern fast 1,2 Mrd. $. Diese Entwicklungshilfe betrug im Jahre 1967 schätzungsweise 900 Mill. $, im Jahre 1968 rund 1,1 Mrd. und im Jahre 1969 ungefähr 1 Mrd. $.

Das genaue Volumen der Leistungen der fortgeschritteneren an die weniger fortgeschrittenen kommunistischen Länder ist jedoch schwer abzuschätzen, da die Unterlagen unvollständig und teilweise widersprüchlich sind, keine genaue Definition der blockinternen Entwicklungshilfe vor-

liegt, die Bewertung von Darlehen und Zuschüssen in Form von Sachleistungen Probleme aufwirft und schließlich, weil die UdSSR in die Gesamtsumme Beträge einschließt, die von der Liquidierung gemeinsamer Unternehmen herrühren.

Während die Hilfe der kommunistischen Länder an die nicht-kommunistischen Entwicklungsländer durch das Vorhandensein einer großen Diskrepanz zwischen Zusagen und Auszahlungen gekennzeichnet ist, trifft dies aufgrund besonderer Gegebenheiten für die Gegenseitigkeitshilfe der kommunistischen Länder nicht zu. Die Bruttoauszahlungen an die blockinternen Länder machten somit in den letzten Jahren ungefähr das Doppelte der Auszahlungen an die Entwicklungsländer der freien Welt aus. Eine Berechnung der Nettoleistungen an die kommunistischen Entwicklungsländer ist jedoch unmöglich, da die Rückzahlungen dieser Länder unbekannt sind. Es kann aber angenommen werden, daß Nordvietnam gegenwärtig kaum in der Lage ist, irgendwelche Kredite zurückzuzahlen.

Schwerpunkt technische Hilfe

Aus der Erkenntnis, daß der Mangel an geschultem Personal in den Entwicklungsländern die wirksame Durchführung der Entwicklungsprojekte behindern kann, haben die kommunistischen Staaten eine größere Anzahl von Experten in die Entwicklungsländer abgestellt. Ihre Zahl in den nicht-kommunistischen Entwicklungsländern belief sich in den letzten Jahren auf rund 22 000, von denen etwa die Hälfte von der UdSSR entsandt wurde. Allerdings nimmt der Anteil der sowjetischen Experten ab. Er betrug 1969 nur noch 45 %, während der Anteil der osteuropäischen Experten ständig zunimmt.

Der größte Teil der sowjetischen Experten ist im Nahen und Mittleren Osten tätig. Die chinesischen und osteuropäischen Techniker arbeiten meist in Afrika. Im allgemeinen sind die Sachverständigen aus kommunistischen Ländern mit der Durchführung eines bestimmten Projektes befaßt. Lediglich in Afrika ist eine größere Zahl von ihnen, vor allem aus osteuropäischen Ländern, als Ärzte, Lehrer und Berater unabhängig von Projekten tätig.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die kommunistischen Staaten ihre technische Hilfe nicht – wie die westlichen Geberländer – in Form von Zuschüssen leisten, sondern wie ihre Kapitalhilfe auf Kreditbasis. Die Bereitstellung von Sachverständigen und Lehrern ist Teil des Projektabkommens, und in vielen Fällen haben die Ausgaben für die technische Hilfe ein Drittel des Kredites ausgemacht. Die einzige Ausnahme bilden Stipendien für Hochschulen, Fach- und Höhere Schulen, die im allgemeinen als Zuschüsse gewährt werden.

Ausbildungsförderung

Nachdem Anfang der sechziger Jahre die Zahl der Studenten aus Ländern der Dritten Welt in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern rasch zugenommen hatte, wurde seit der Mitte der sechziger Jahre bei der Gewährung von Stipendien zurückhaltender verfahren. Insgesamt wurden seit 1956 schätzungsweise 34 500 Studenten aus nicht-kommunistischen Entwicklungsländern an Hochschulen kommunistischer Länder ausgebildet. Davon studierten 68 % in der UdSSR, 30 % in Osteuropa und lediglich 2 % in China, wo das Stipendienprogramm erst später eingesetzt hatte und im September 1966 wegen der Kulturrevolution wieder eingestellt wurde. Es wird angenommen, daß fast die Hälfte der Hochschulabsolventen als Ingenieure ausgebildet wurden. Die Zahl der Studenten aus der Dritten Welt, die in kommunistischen Ländern studierten, stieg von 14 400 Ende 1967 auf 16 700 Ende 1969. Davon wurden 12 100 in der UdSSR und 4600 in den osteuropäischen Ländern ausgebildet. Die durchschnittliche Studiendauer für Studenten aus Entwicklungsländern in der UdSSR beträgt 5 Jahre, wovon das erste Jahr auf russische Sprachstudien entfällt.

Neben den Hochschulstudenten wurden in den letzten Jahren ungefähr 2000 Personen jährlich in Fabriken und anderen beruflichen Ausbildungsstätten in kommunistischen Ländern ausgebildet. Sowjetischen Quellen zufolge wurden über 200 000 Facharbeiter, Techniker und sonstige Spezialisten direkt am Arbeitsplatz in den Entwicklungsländern im Rahmen der von den kommunistischen Staaten unterstützten Entwicklungsprojekte geschult. Neben den Studenten aus nicht-kommunistischen Entwicklungsländern erhielt eine beachtliche Zahl von Personen aus Kuba und den kommunistischen Ländern Asiens ihre akademische oder sonstige berufliche Ausbildung in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern. Angeblich waren allein im Jahre 1970 10 000 Nordvietnamesen zu Ausbildungszwecken in der UdSSR.

Die finanziellen Konditionen

Die finanziellen Bedingungen der östlichen Hilfe sind keineswegs einheitlich. Während die osteuropäischen Länder ihre Konditionen der sowjetischen Hilfe anglichen, gewährt China seine Hilfe zu wesentlich günstigeren Bedingungen als die Sowjetunion. Im Falle der sowjetischen und osteuropäischen Wirtschaftshilfe an nicht-kommunistische Entwicklungsländer machen die Zuschüsse nur einen sehr geringen Teil, ca. 5 %, aus. Der überwiegende Teil der sowjetischen Hilfe vor

1966 – wahrscheinlich nicht weniger als 90 % – wurde in Form von Entwicklungskrediten mit einer Rückzahlungsfrist von 8–12 Jahren und einem Zinssatz von 2,5 bis 3 % gewährt. Die Rückzahlungen setzen gewöhnlich unmittelbar nach Fertigstellung des Projektes ein, in einigen Fällen beginnen sie auch erst ein bis zwei Jahre nach Abschluß des Projektes. Seit 1966 entfällt jedoch ein größerer Teil der Zusagen auf sogenannte Handelskredite, die mit einem höheren Zinssatz (3–5,5 %) und kürzeren Laufzeiten (3–10 Jahre) ausgestattet sind und auf die häufig eine Anzahlung von nicht weniger als 20 % zu leisten ist.

Die chinesische Entwicklungshilfe hingegen besteht zu einem Fünftel aus Zuschüssen und der Rest aus unverzinslichen Darlehen mit Rückzahlungsfristen im allgemeinen von 10–20 Jahren bei 5–10 rückzahlfreien Jahren. Der 1970 im Zusammenhang mit der Tan-Sam Eisenbahn an Tansania und Sambia gewährte Kredit von über 400 Mill. $ ist zinsfrei und ab 1973 über 30 Jahre rückzahlbar.

Die kommunistische Entwicklungshilfe, einschließlich der Beiträge zu den UNO-Programmen, ist an die Beschaffung von Gütern und Sachverständigen aus den Geberländern gebunden. Die Rückzahlung der vergebenen Kredite erfolgt entweder in Waren oder in der Währung des betreffenden Landes – in diesem Fall ist meistens eine Goldklausel als Garantie gegen eine etwaige Abwertung enthalten – oder auch in frei konvertierbaren Währungen. Erfolgt die Rückzahlung in Form von Waren, so werden diese im allgemeinen zu Weltmarktpreisen verrechnet.

Die sowjetische Hilfe an die kommunistischen Entwicklungsländer bestand in der Regel aus Warenkrediten mit einer Laufzeit von mindestens 5 Jahren, doch war der Anteil an Zuschüssen im Falle Kubas und Nordvietnams wesentlich höher als bei den nicht-kommunistischen Empfängerländern. Die Wirtschaftshilfe für Kuba wurde weitgehend in der Form von Zuckersubventionen und Zahlungsbilanzunterstützung geleistet.

Überwiegend bilaterale Hilfe

Die Entwicklungshilfe der kommunistischen Länder ist fast ausschließlich bilateral. In den Jahren 1950–1969 trug die Sowjetunion nur 2,4 % der Gesamtleistungen zum Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen bei. Das sowjetische Entwicklungshilfeprogramm ist sehr stark projektorientiert und im wesentlichen auf die Unterstützung des öffentlichen Sektors und der Schwerindustrie ausgerichtet. Rund 70 % der sowjetischen Entwicklungshilfe wurden zur Finanzierung von Industrieprojekten und von Schürf- und Prospektionsarbeiten in den Entwicklungsländern verwandt. Allerdings war in jüngster Zeit eine gewisse Abkehr von der etwas einseitigen Ausrichtung auf die Schwerindustrie feststellbar, und mehr Hilfe wurde für die Landwirtschaft, insbesondere Bewässerungsanlagen, verwandt.

Das chinesische Hilfsprogramm weicht von dem der UdSSR beträchtlich ab. Bis vor kurzem konzentrierte es sich nicht auf Großprojekte, sondern auf sofort produktive mittlere und kleine Projekte, hauptsächlich in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, sowie auf kleinere Infrastrukturprojekte. Im Jahre 1970 begann China jedoch mit dem Bau der 1680 km langen Eisenbahn durch Tansania und Sambia, dem bisher größten kommunistischen Projekt in Afrika.

Regionale Verteilung

Von der gesamten an die Dritte Welt zugesagten Wirtschaftshilfe entfielen bisher auf den Nahen Osten und das südliche Asien 7,4 Mrd. $ (70 %), auf afrikanische Länder 1,6 Mrd. (16 %), auf den Fernen Osten fast 1 Mrd. (9 %) und auf Lateinamerika lediglich 500 Mill. $ (5 %).

Es ist charakteristisch für die Entwicklungshilfe der kommunistischen Staaten, daß sie auf einige wenige Länder konzentriert ist. So vereinen vier Länder bereits die Hälfte der gesamten Hilfezusagen auf sich. Dies sind Indien mit 19 %, die VAR (Ägypten) 16 %, Iran 8 % und Indonesien 7 %. Weitere 7 % entfallen auf Afghanistan, so daß 5 Länder 57 % der kommunistischen Entwicklungshilfeversprechen erhielten. Die restlichen 43 % verteilen sich auf 38 Länder. Gewisse ausgesprochen „westliche" Länder, wie z. B. Israel, Taiwan, Malaysia und die Elfenbeinküste, haben bisher keine kommunistische Hilfe erhalten.

Aufgrund der starken geographischen Konzentration stellt die kommunistische Hilfe, trotz ihres insgesamt gesehen bescheidenen Volumens, in einigen Ländern – vor allem in Afghanistan, der VAR und Indien und in jüngster Zeit auch im Iran und Tansania – einen beträchtlichen Teil der diesen Ländern insgesamt gewährten Entwicklungshilfe dar.

Veränderungen durch Außenpolitik

Die geographische Verteilung der Auszahlungen weicht kaum von der Verteilung der Zusagen ab. Die vier größten Empfänger von Auszahlungen der östlichen Hilfe bis einschließlich 1969 waren Indien mit einem Gesamtbetrag von 1050 Mill. $, die VAR mit 900 Mill., Afghanistan mit 550 Mill. und Indonesien mit 300 Mill. $.

Die jährlichen Zusagen an die einzelnen Empfängerländer waren keineswegs regelmäßig, sondern unterlagen beträchtlichen Schwankungen von

einem Jahr zum anderen. 1968 und 1969 waren der Iran, der Irak und die Türkei die wichtigsten Empfängerländer. Nachdem das Ausmaß der Entwicklungshilfe an ein bestimmtes Land weitgehend von außenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt wird, sind die wichtigsten Empfängerländer für die verschiedenen kommunistischen Geberländer nicht dieselben. So erhielt z. B. Indien fast ein Drittel aller sowjetischen Hilfe, aber nur ungefähr ein Siebentel der osteuropäischen Hilfe und gar keine Hilfe von China. Dafür vereinte Pakistan fast 10 % der chinesischen Hilfe auf sich, aber weniger als 4 % der sowjetischen. Eine ganze Reihe von Ländern, darunter der Iran, Irak und die Türkei, erhielten wie Indien wohl sowjetische und osteuropäische Hilfe, aber keine chinesische, während Tansania fast ein Fünftel der chinesischen Hilfe erhielt, aber nur 0,3 % der sowjetischen.

Östliche und westliche Hilfe

Während die westlichen Industriestaaten im Entwicklungshilfeausschuß der OECD (DAC) ein Organ besitzen, das es ihnen ermöglicht, Meinungen auszutauschen und gemeinsame Standpunkte auszuarbeiten, gibt es weder im Rahmen des COMECON einen Koordinierungsauschuß für Entwicklungshilfe, noch sind die Entwicklungshilfeprogramme der einzelnen kommunistischen Länder in irgendeiner anderen Weise koordiniert. Das Fehlen eines gemeinsamen Organs wurde unlängst in einer sowjetischen Studie kritisiert und als ein Handikap für die kommunistischen Länder bezeichnet.

In den letzten Jahren machten die Nettoauszahlungen der kommunistischen Staaten an die Entwicklungsländer — ausgenommen blockinterne — lediglich 3—4 % (1969: 2,5 %) der öffentlichen Nettoauszahlungen und nur 2 % der Gesamtleistungen (1969 nur noch 1,5 %) der Mitglieder des OECD-Entwicklungshilfeausschusses aus. Die Nettoleistungen der kommunistischen Staaten an Länder der Dritten Welt betrugen 1967 0,04 %, 1968 0,05 % und 1969 0,03 % des gesamten Bruttosozialproduktes der kommunistischen Geberländer, während die öffentliche Nettohilfe der DAC-Länder 1967 0,46 %, 1968 0,42 % und 1969 0,40 % ausmachte. Die gesamten Nettoleistungen der DAC-Länder, die private Exportkredite und Investitionen mit einschließen, beliefen sich 1967 auf 0,73 %, 1968 auf 0,78 % und 1969 auf 0,74 % ihres Bruttosozialproduktes.

Gemessen am Bruttosozialprodukt erbrachte China die größten Leistungen, gefolgt von der Sowjetunion, während die osteuropäischen Länder unter dem Gesamtdurchschnitt lagen. Schließt man die blockinterne Hilfe ein, so erreichte die Entwicklungshilfe der kommunistischen Staaten in den letzten Jahren ca. 0,15 % ihres Bruttosozialproduktes und ungefähr 10 % der öffentlichen Nettohilfe der westlichen Industriestaaten. Trotz des unverhältnismäßig kleinen Volumens ihrer Hilfe, ist es den kommunistischen Staaten aber gelungen, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in besonderer Weise auf die östliche Entwicklungshilfe zu lenken. Dies ist weitgehend auf eine gezielte Politik der Flaggschiffprojekte (Assuan-Damm, Tan-Sam Eisenbahn) zurückzuführen, die für Schlagzeilen in der Weltpresse sorgten.

Vor- und Nachteile

Was die finanziellen Bedingungen anbetrifft, so ist die östliche Entwicklungshilfe mit Ausnahme der chinesischen wesentlich härter als jene des Westens. Weit über die Hälfte der westlichen Hilfe (1969: 66 %) wird in Form von Zuschüssen gegeben, während die sowjetische und osteuropäischen Hilfe nur zu 5 % und die chinesische zu 20 % aus Zuschüssen besteht. Auch die Kredite der DAC-Länder sind im Durchschnitt sehr viel günstiger als jene der kommunistischen Länder, ausgenommen China. Das gesamte rechnerische Zuschußelement [2]) der chinesischen Hilfe beträgt 80 % und ist somit ebenso hoch wie jenes der öffentlichen Hilfezusagen der DAC-Länder im Jahre 1968, während das Zuschußelement der UdSSR-Hilfe nur ungefähr 35 % ausmacht.

Außerdem ist die östliche Hilfe völlig an Lieferungen aus dem Geberland gebunden, was u. a. zu einer sehr schleppenden Auszahlung der zugesagten Mittel führt. Dagegen ist die westliche Hilfe nur teilweise, wenn auch noch zu einem großen Teil, gebunden, z. B. in Form von technischer Hilfe, die allerdings aus reinen Zuschüssen besteht und nicht, wie die des Ostens, aus Krediten. Auch finanziert der Westen manchmal Landeswährungskosten mit konvertierbarer Währung, der Osten — sofern er überhaupt diese Kosten übernimmt — nur mit Warenlieferungen. Schließlich besteht, im Unterschied zur westlichen, die östliche Hilfe an nicht-kommunistische Entwicklungsländer fast ausschließlich aus Projekthilfe.

Obwohl ein Vergleich zwischen östlicher und westlicher Entwicklungshilfe eindeutig zugunsten der westlichen Industriestaaten ausfällt, richten sich die Angriffe der unterentwickelten Länder im wesentlichen gegen den Westen. Zur Zeit scheinen die Entwicklungsländer noch völlig zu übersehen, daß die Nettoleistungen der kommunistischen Länder im Gegensatz zu jenen der DAC-Länder ständig abnehmen und daß sie vielleicht in einigen Jahren bereits mehr an die kommunistischen Länder zurückzahlen müssen, als sie von ihnen bekommen werden.

[2]) Unter Verwendung eines Diskontierungssatzes von 10 %.